

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

100. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 25. März 2004

Tagesordnungspunkt 7:

- a) Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: **60. Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen – eine Chance für die Menschenrechte**
(Drucksache 15/2755)

Anlage 2

Zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung des Antrags: 60. Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen – eine Chance für die Menschenrechte (Tagesordnungspunkt 7)

Petra Pau (*fraktionslos*): Vor eineinhalb Wochen fand in Genf die 60. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission statt. Ich will die Debatte hier aufgreifen und kurz auf die Rede von Bundesaußenminister Fischer eingehen. Ich stimme Ihnen durchaus zu, denn Sie haben betont:

Wir können nur dann erfolgreich sein, wenn wir den internationalen Terrorismus mit menschenrechtlichen Mitteln bekämpfen – nicht ohne oder gar gegen sie. Dies ist eine Frage unserer eigenen Glaubwürdigkeit.

Darin stimmt die PDS im Bundestag mit Ihnen, Herr Außenminister, völlig überein. Wir wissen jedoch, dass Sie über Ansprüche und nicht über die Wirklichkeit gesprochen haben. Diese wird nicht zuletzt von einer aggressiven Politik der USA geprägt, bei der die Menschenrechte allzu oft auf der Strecke bleiben. Das erfahren wir aus Afghanistan, aus dem Irak und aus Guantanamo. Es ist auch kein Versehen, dass es auch die USA sind, die sich einer von der UNO eingesetzten Rechtsprechung bei den Menschenrechten entziehen. Herr Fischer, Sie haben das in Ihrer Genfer Rede diplomatisch übersprungen. Ich will das hier nachholen; denn die USA sind mit ihrer aktuellen Politik Teil des Problems.

Außenminister Fischer hat sich des Weiteren gegen jedwede Diskriminierung gewandt, „sei es Diskriminierung von Kindern, Frauen oder aufgrund von religiöser, ethnischer oder nationaler Zugehörigkeit ...“ Auch das ist richtig. Deshalb möchte ich an ein Versprechen von Rot-Grün erinnern: Sie wollten seit langem ein Antidiskriminierungsgesetz verabschieden. Die PDS ist gern bereit, dabei zu helfen, zumal wir seit der vorigen Wahlperiode einen entsprechenden Entwurf parat haben. Ich sage das auch mit Blick auf aktuelle Debatten; sei es die so genannte Kopftuchdebatte oder der anhaltende Streit um ein Zuwanderungsgesetz. Diskriminierungen sind keine Altlasten aus der Dritten Welt: Sie finden auch hier immer wieder geistige Nahrung und sie finden vor allem auch praktisch statt.

Herr Außenminister, Sie haben sich gegen spezifische Menschenrechtsverletzungen gewandt, insbesondere gegen solche, die Frauen und Kinder betreffen. Man braucht nur die wiederkehrenden Berichte von Amnesty International zu lesen, um zu wissen: Das Leid ist groß. Hierzulande ist aber noch immer nichtstaatliche, geschlechtsspezifische Verfolgung kein anerkannter Asylgrund. Zudem

harren noch immer Teile der UN-Kinderrechtskonvention der Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland. Sie wissen, wovon ich spreche; denn Bündnis 90/Die Grünen hat das früher selbst beklagt.

Ich teile die Erwartungen, die Sie in die Antisemitismuskonferenz der OSZE Ende April in Berlin setzen. Wir haben erst vor wenigen Monaten hier im Bundestag über den grassierenden Antisemitismus in Deutschland debattiert. Wir alle wissen: Er ist kein deutsches Phänomen.

Umso mehr komme ich aus aktuellem Anlass auf mein Eingangszitat zurück:

Der internationale Terrorismus kann nur mit menschenrechtlichen Mitteln erfolgreich bekämpft werden – nicht ohne oder gar gegen sie.

Das gilt für alle Regionen und für alle Zeiten.